



von Peter Siller

Der Sozialstaat der Zukunft entscheidet sich zentral an der Frage der Gerechtigkeit. Welchen Begriff von Gerechtigkeit haben wir? Wen wollen wir in Gerechtigkeitsforderungen einbeziehen? Was verbindet Gerechtigkeit und Selbstbestimmung? In welcher Hinsicht und inwieweit heißt Gerechtigkeit Gleichheit? Darauf muss die Politik Antwort geben, um beanspruchen zu können, das »Soziale« in Staat und Gesellschaft wachzuhalten und zu verwirklichen.

Den Grünen ist es mit ihrem neuen Grundsatzprogramm als bislang einziger Partei gelungen, einen anspruchsvollen und zugleich zeitgemäßen Gerechtigkeitsbegriff zu entwickeln: Die entschiedene Parteinahme für die Schwächsten, der emanzipatorische Ansatz, die Erweiterung in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, die Einbe-

## Parteinahme für die Schwachen

Der Sozialstaat der Zukunft entscheidet sich an der Frage der Gerechtigkeit. Die Grünen müssen an ihren Konzepten der Bürgerversicherung und der sozialen Grundsicherung weiterarbeiten.

ziehung der ökologischen Frage und die Bezugnahme auf Teilhabe an Bildung, Arbeit und Partizipation. Dieser Fokus ist im »Berliner Programm« von 2002 festgehalten und entfaltet eine strukturierende Wirkung für die grüne Programmatik und Pragmatik.

Wir dürfen uns jetzt aber nicht zurücklehnen, sondern müssen den programmatischen Vorsprung weiter vertiefen und ausbauen. Wie verhalten sich die verschiedenen Dimensionen der Gerechtigkeit zueinander? Welche Rolle spielt die Verteilungsdimension in den »alten« und »neuen« Gerechtigkeitsfragen? Wie bewegt sich eine Politik der Generationengerechtigkeit zwischen Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen? Welche Konsequenzen haben Teilhabe- und Zugangsgerechtigkeit für die Sicherung des Lebensstandards? Was heißt es, die Ökologie als Gerechtigkeitsanliegen zu thematisieren? Das sind entscheidende Orientierungsfragen einer erneuerten, ökologischen und emanzipatorischen Linken – und die Grünen können und müssen sie beantworten.

Es geht nun darum, das Verhältnis der verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen zueinander möglichst genau zu beschreiben. Auch die neuen Gerechtigkeitsfragen haben eine Verteilungsdimension. Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen ohne angemessene Teilhabe an der Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes ist nicht denkbar. Und jede »postmaterielle« Orientierung hat selbstverständlich starke materielle Voraussetzungen.

Eine neue Politik für soziale Gerechtigkeit muss darauf reagieren, dass sich die Bedingungen für die Verteilung von Wohl-

stand im postindustriellen Zeitalter drastisch verändert haben. Früher eher randständige Risikolagen sind mittlerweile so verbreitet und so folgenreich, dass eine Neujustierung des Sozialstaats dringend erforderlich ist: Das betrifft insbesondere das Risiko von Arbeitslosigkeit, das Risiko der Alleinerziehung, das Risiko unzureichender Qualifikation oder das Risiko eines Scheiterns beim Sprung in die Selbständigkeit. Die Solidarsysteme stehen vor der Herausforderung, diese neuen Risikolagen zu berücksichtigen. Wir müssen entlang unseres Gerechtigkeitsbegriffs eine Entscheidung treffen, welche der bisher kollektiv abgesicherten Risiken in Zukunft der Einzelne zu tragen hat und welche individuellen Risiken künftig mehr Unterstützung erfahren müssen. Eine gerechte Verteilung von Chancen – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – lässt sich wahrscheinlich nur erreichen, wenn die Sozialsysteme weniger Verantwortung für die Sicherung des einmal erreichten Lebensstandards übernehmen, um statt dessen den »Ausgeschlossenen« Teilhabe zu ermöglichen und dem Risiko dauerhafter Abkopplung entgegenzuwirken.

Die Grünen haben mit ihren Konzepten der Bürgerversicherung sowie der sozialen Grundsicherung zwei zentrale Lösungsansätze benannt. Hieran müssen wir kontinuierlich weiterarbeiten, wenn wir einer veränderten Welt zu mehr Gerechtigkeit verhelfen wollen. ■

*Peter Siller ist geschäftsführender Vorsitzender der Grundsatzkommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.*



## Klüger wirtschaften!

Über Konzepte und Perspektiven ihrer Wirtschaftspolitik beraten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf dem Wirtschaftspolitischen Kongress Ende Mai in Erfurt.

Wohin steuert die Wirtschaft? Diese Frage bestimmt längst nicht mehr nur die politischen Debatten. Angesichts von hoher Arbeitslosigkeit oder ständig wiederkehrenden Diskussionen über den Standort Deutschland denken darüber immer mehr Menschen im ganzen Land nach. Auf dem Wirtschaftspolitischen Kongress am 28. und 29. Mai in Erfurt wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam nach Antworten suchen. »Klüger wirtschaften!« heißt das Motto der Veranstaltung, auf der die Erweiterung der Europäischen Union und die besonderen Erfordernisse in Ostdeutschland ebenso wichtige Bezugspunkte für die Diskussion sein werden, wie die Themen Innovation und Steuerpolitik, wirtschaftliche Dynamik und Gerechtigkeit. In Vorträgen und Workshops, Streitgesprächen und Diskussionsrunden werden die Teilnehmer ein breites Spektrum der umfangreichen Thematik beleuchten.

Der Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Reinhard Bütikofer hält am Freitag den ersten von drei Eröffnungsvorträgen zum Thema »Perspektiven der Wirtschaftspolitik«. Mit dem zweiten Redner, dem Vorstandsvorsitzenden des Chemieun-

ternehmens BASF Jürgen Hambrecht wird ein hochrangiger Vertreter aus der Wirtschaft auf dem Kongress erwartet. Ergänzt wird die Runde durch die Landesbischöfin von Hannover Margot Käßmann. Grußworte an die Gäste richten die thüringische Landesprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Astrid Rothe und der Erfurter Oberbürgermeister Manfred O. Ruge.

In zahlreichen Workshops sollen dann verschiedene Aspekte nachhaltiger Wirtschaftspolitik beleuchtet werden. So wird beispielsweise unter dem Schlagwort Innovation nicht nur über eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft nachgedacht. Diskutiert werden soll auch, welche Rolle das Thema Bildung und speziell das von den Grünen unterstützte Konzept des lebenslangen Lernens hier spielt. Weitere Workshops befassen sich mit Fragen der Steuergerechtigkeit, Erfahrungen auf dem Weg zum familienfreundlichen Unternehmen, oder dem Abbau von Bürokratie. Beendet wird der erste Tag mit einem Streitgespräch. Auf dem Podium: der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und die Staatssekretärin im sächsischen Wirtschaftsministerium Andrea Fischer. Sie werden über »Innovationsbremsen und wie sie sich lösen lassen« diskutieren.

Der zweite Tag dreht sich zunächst um die Aussichten für Ostdeutschland. In einer Podiumsdiskussion wollen die Vorsitzende der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Katrin Göring-Eckardt, der Vorstandsvorsitzende der Mitec AG Michael Militzer, die Arbeitswissenschaftlerin Sabine Gensor von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Vorstandsvorsitzende der Jenoptik AG, Alexander Witzleben, über wirtschaftspolitische Konzepte diskutieren.

Im Anschluss daran wird es international: Mit Blick auf die bevorstehende Europawahl stehen zum Abschluss des Kongresses die Perspektiven einer europäischen Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt. Mit dabei sind der Spitzenkandidat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Europawahl Dany Cohn-Bendit und der grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Sie diskutieren mit dem Vize-Vorsitzenden des europäischen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann und dem Wirtschaftsweisen Wolfgang Wiegart darüber, welche Investitionen für eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik notwendig sind. ■

Weitere Informationen unter [www.gruene.de](http://www.gruene.de)



# Berufsbildung als zentrales Innovationsprojekt

Eine nachhaltige betriebliche Bildungspolitik bietet den Menschen Möglichkeiten, ihre Arbeitssituation zu gestalten.

von Jörg Hofmann

In einer auf Wissen basierenden Wirtschaft ist die so genannte Humanressource das wichtigste Kapital. Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass der Produktionsfaktor Wissen heute schon zur Hälfte zur Wertschöpfung beiträgt – mit steigender Tendenz.

Nach einer Prognose der EU-Kommission werden bereits im Jahr 2005 rund 80 Prozent der Technologien jünger als zehn Jahre sein, 80 Prozent der Beschäftigten aber über eine Qualifizierung verfügen, die älter als zehn Jahre alt ist. Kompetente Beschäf-

tigte werden in einem auf Innovation und Qualität basierenden Produktionsmodell zunehmend zu einer strategischen Voraussetzung für ökonomischen Erfolg. Gleichzeitig lässt sich Berufsbildung niemals nur eindimensional betriebswirtschaftlich legitimieren. Eine nachhaltige betriebliche Bildungspolitik bietet den Menschen auch Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Arbeitssituation. Ihre innovative Kraft entfaltet die Berufsbildung nur, wenn sie die Beschäftigten zur Gestaltung ermuntert und entsprechende Voraussetzungen dafür schafft. Entscheidend ist eine fundierte Erstausbildung. Die duale Berufsausbildung

war und bleibt ein Wettbewerbsvorteil Deutschlands.

Auch in der beruflichen Weiterbildung sind die Qualifikationsinteressen der Betriebe und die Bildungsinteressen der Beschäftigten miteinander zu vermitteln. Wie dieser Aushandlungsprozess aussehen kann, haben wir in dem Tarifvertrag zur Qualifizierung dokumentiert. Der Bildungsbedarf wird in einem Qualifizierungsgespräch gemeinsam von den Beschäftigten und den Vorgesetzten ermittelt. ■

*Jörg Hofmann ist Bezirksleiter für die IG Metall Baden-Württemberg.*



## Vor dem Auto

Stehen die Mitarbeiter im Stau, steht auch das Fließband. Das weiß man nicht nur bei DaimlerChrysler, sondern zum Beispiel auch bei Opel, VW und Ford. Darum haben sie alle ein schlaues Stauvermeidungssystem entwickelt: die eigene Bahnhaltestelle. So kommen Tausende von Mitarbeitern tagtäglich



# IT in Europa: Ist der Zug bereits abgefahren?

Die einzige Chance der IT-Wirtschaft hierzulande sind innovative Wege der Dienstleistung.

von Jan Tschöpe

Sind wir noch innovativ genug oder ist der Zug bereits abgefahren? Selbst wenn wir es sind, das Geld wird offensichtlich woanders gemacht. Dabei gibt es hier weder einen Mangel an qualifizierten Fachkräften, noch an guten Ideen oder technischem Wissen. Dennoch: Den Wettlauf um den Massenmarkt haben wir verloren.

Die einzige Chance der IT-Wirtschaft hierzulande ist die Dienstleistung. Wir könnten den gigantischen Kapitalabfluss durch Lizenzkosten, oder künftig sogar Patentgebühren, aufhalten und in die Dienstleis-

tungsbudgets umlenken. Wenn die Milliarden Euro, die Monat für Monat an Microsoft fließen, auch nur teilweise hier investiert würden, hätten wir weniger Probleme. Unmöglich? Nein! Unbequem? Ja!

Ein Beispiel: freie Software wie LINUX oder OpenOffice.org. Die vorhandenen Lösungen mögen vielleicht nicht zu 100 Prozent dem Gewohnten entsprechen, aber sie sind gut nutzbar, und sie werden immer besser. Was fehlt, kann als Dienstleistung beauftragt werden. Das kostet nicht mehr als teure Lizenzen, aber sichert Arbeitsplätze und fördert Innovation. Gefragt ist die Politik, die die nötigen Rahmenbedingungen

schaft. Das bedeutet zum einen die Verhinderung von Softwarepatenten. Zum anderen brauchen wir ein Vergaberecht, das den Einsatz freier Software und somit die mittelständischen europäischen Unternehmen stärkt. Gefragt sind öffentliche Institutionen, die Aufträge jetzt schon entsprechend vergeben. Gefragt ist auch jeder Einzelne, der die Bereitschaft entwickeln muss, sich mit neuen Lösungen vertraut zu machen. Innovation kann man nicht nur fordern, man muss sie auch wollen. ■

*Jan Tschöpe ist Projektmanager beim Software-Entwickler Tarent.*

## kommt die Bahn.



pünktlich zur Arbeit und die Autos geraten wenigstens nicht schon auf der Produktionsstraße ins Stocken. Wir wünschen Ihnen gute Fahrt, mit Bussen und Bahnen.



**Umdenken, einsteigen!**

**BUSSE & BAHNEN**

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen.  
Deutsche Bahn AG.